



30 Jahre EU: Österreichs Parlament im Wandel der Gesetzgebung!

Erfahren Sie, wie Österreichs Parlament seine Rechte bei der EU-Gesetzgebung ausübt, anlässlich von 30 Jahren EU-Beitritt.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Das österreichische Parlament blickt auf „30 Jahre EU-Beitritt“ zurück und beleuchtet in diesem Rahmen detailreich seine Rolle und Mitwirkungsrechte in der EU-Gesetzgebung. Laut der **Parlamentskorrespondenz** werden umfassende Informationen aus der EU-Datenbank bereitgestellt, die mehr als 950.000 Dokumente umfasst, um die Abgeordneten im Nationalrat und Bundesrat über EU-Vorhaben adäquat zu informieren. Diese Dokumente sind ein entscheidendes Werkzeug für die parlamentarische Arbeit und bieten Transparenz über europäische Initiativen. Die Regierungsmitglieder sind gemäß dem EU-Informationsgesetz verpflichtet, das Parlament über laufende Gesetzgebungsverfahren stets zu informieren.

Ein wichtiges Organ in diesem Zusammenhang ist das sogenannte „Feuerwehrkomitee“, das im §31e des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrats geregelt ist. Es wurde bisher siebenmal einberufen, wenn schnell Entscheidungsbedarf während laufender Verhandlungen in Brüssel bestand. So wurde das Komitee beispielsweise im Dezember 2004 vor einem EU-Gipfel ins Leben gerufen, als es um die umstrittenen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ging. Empfehlungen und Beschlüsse kann das Feuerwehrkomitee allerdings nicht fassen, vielmehr dient es der schnelleren Kommunikation zwischen Regierung und Parlament.

Wichtige Schritte des EU-Hauptausschusses

Der EU-Hauptausschuss hat sich umfangreiche Aufgaben übertragen, indem er grundlegende Themen der EU behandelt, wie geplante Änderungen der EU-Verträge. Mitglied des Hauptausschusses kann auch bestimmte Themen an den Ständigen EU-Unterausschuss delegieren, was in einer Novelle der Geschäftsordnung im Jahr 2015 ermöglicht wurde. Diese Regelung zielt darauf ab, die Effizienz und Relevanz der Arbeit des Parlaments in Bezug auf EU-Angelegenheiten zu erhöhen. In der **aktiven Behandlung von EU-Vorhaben** wird auch der Dialog zwischen Fachausschüssen und Regierungsmitgliedern gefördert, insbesondere wenn es um die Verhandlungen zu EU-Projekten geht.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.parlament.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at